

# Die Voraussetzungen sind eigentlich gegeben

## Indonesien – der Schutz von Minderheiten

**Am 6. Februar 2011 erschütterten die Morde an drei Ahmadiyya-Anhängern Indonesien. In der Provinz Banten, im Westen Javas, belagerten über 1.000 Personen das Gebäude, bzw. sind in das Haus eines Führers der religiösen Gemeinschaft eingedrungen, in dem sich mindestens 18 Ahmadis aufhielten. Die Rechtshilfeorganisation *Legal Aid Foundation* bestätigte, dass drei der Männer gelyncht wurden.**

**Esther Hoffmann**

*Legal Aid Foundation* (LBH) stellte fest, dass die Polizei von der Gefahr eines Übergriffes wusste, aber wenig getan hat, um ihn zu verhindern.<sup>1</sup> Es handelt sich um den fatalsten, von Menschenrechtsorganisationen dokumentierten und seit einigen Jahren zunehmenden Übergriff auf religiöse Minderheiten.<sup>2</sup>

Die Ahmadiyya entstand Ende des 19. Jahrhunderts in Punjab, Indien. Viele Muslime lehnen sie ab, weil der Anspruch ihres Gründers Mirza Ghulam Ahmad, der von Offenbarungen Allahs berichtete, ihrem Glauben an Mohammed als letztem Propheten widerspricht. In Indonesien verlangen muslimische Hardliner-Organisationen wie die *Islamic Defenders Front* (FPI) oder die *United Front of the Community of Islam* (FPUI) von der Regierung ein Verbot der Glaubensgemeinschaft.

Nach dem Zwischenfall mehrten sich die Übergriffe offenbar. Für das Vorjahr 2010 hatte das Wahid-Institut knapp 200 Übergriffe verzeichnet. *Human Rights Watch* spricht von einem sprunghaften Anstieg im ersten Vierteljahr 2011 und die Organisation *KontraS* beziffert es auf 62 Angriffen, darunter Einschüchterungsversuche sowie erzwungene Konvertierungen im ersten Quartal 2011.<sup>3</sup> Hardliner verschärften ihren Ton in der folgenden öffentlichen Diskussion und einige von ihnen drohten den Anhängern der Glaubensgemein-

schaft mit Gewalt. In einem auf der Webseite der Organisation (FPI) veröffentlichten Interview soll der Vorsitzende der FPI, Habib Rizieq Syihab, erklärt haben »... wenn heute nur drei ungläubige Ahmadis ermordet werden, könnten es morgen (...) schon Tausende von Ahmadi-Ungläubigen sein, die von Muslimen geschlachtet werden.«<sup>4</sup>

### Parteilichkeit bei Staatsorganen

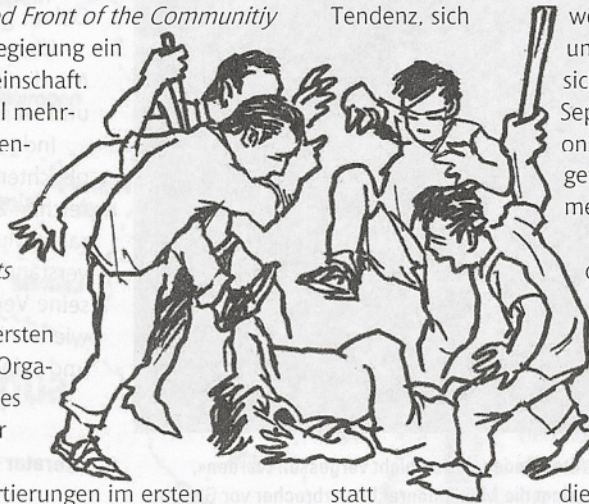
Regierungsvertreter und Sicherheitskräfte tragen zu der Atmosphäre von wachsender Diskriminierung und Einschüchterung bei. Manche Mitglieder der zentralen und lokalen Regierungsorgane zeigen eine Tendenz, sich

wertend über die Ahmadiyya und deren »abtrünnigen« Ansichten zu äußern. Noch im September 2010 hatte Religionsminister Suryadharma Ali gefordert, die Glaubensgemeinschaft zu verbieten.

Zeugen berichten zudem, dass sich Polizeibeamte während der Übergriffe häufig passiv oder gar Komplizenhaft verhielten. So nahmen Polizeibeamte sechs Ahmadis »zu ihrem eigenen Schutz« fest, an-

statt die Angreifer aufzuhalten, als im Dezember 2009 eine Gruppe von Anwohnern, von denen sich ein Teil der FPI zurechnete, in Jakarta ein Haus stürmte, in dem Mitglieder der Ahmadiyya ihr Freitagsgebet abhielten.

Im Anschluss an den Überfall im Februar wurde sogar eine aktive Beteiligung der Polizei und des Militärs bei Handlungen wie Einschüchterungen oder



Die Autorin ist Mitglied der Koordinationsgruppe Südwestpazifik von Amnesty International.



erzwungenen Konvertierungen beobachtet. Die Menschenrechtsorganisation *KontraS* dokumentierte zwischen März und Anfang April 2011 rund 20 derartiger Fälle.

### Problematische Gesetze

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen sehen ein Kernproblem in einem gemeinsamen Dekret dreier Ministerien aus dem Jahre 2008. Dieses verbietet den auch missionarisch tätigen Ahmadi, ihren Glauben »zu verbreiten, zu befürworten oder zu versuchen, dafür öffentliche Unterstützung zu gewinnen«. Das Dekret verbietet die Ahmadiyya als solche zwar nicht, soll aber deren religiöse Aktivitäten in der Öffentlichkeit weniger sichtbar machen, und auf diese Weise derartige Geschehnisse künftig verhindern. Vor dem parlamentarischen Ausschuss zur Untersuchung des Überfalles von Banten

onale Organisationen wie Amnesty International befürchten hingegen, dass das Dekret die falschen Signale setzt und ein Klima der Gewalt und Selbstjustiz geradezu fördert.

Gesetzliche Grundlage ist die Blasphemie-Gesetzgebung aus dem Jahre 1965. Sie bestraft die »Diffamierung von Religionen«, das heißt die Abweichung von der Grundlehre einer der in Indonesien anerkannten Religionen mit bis zu fünf Jahren Gefängnis. Im Januar 2010 hatten eine Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen und muslimischer Persönlichkeiten, wie der inzwischen verstorbene ehemalige Präsident Gus Dur oder die Islamgelehrte Siti Musdah Mulia, beim Verfassungsgericht eine Eingabe gegen diese Gesetzgebung gemacht. Im April 2010 wurde sie zurückgewiesen.

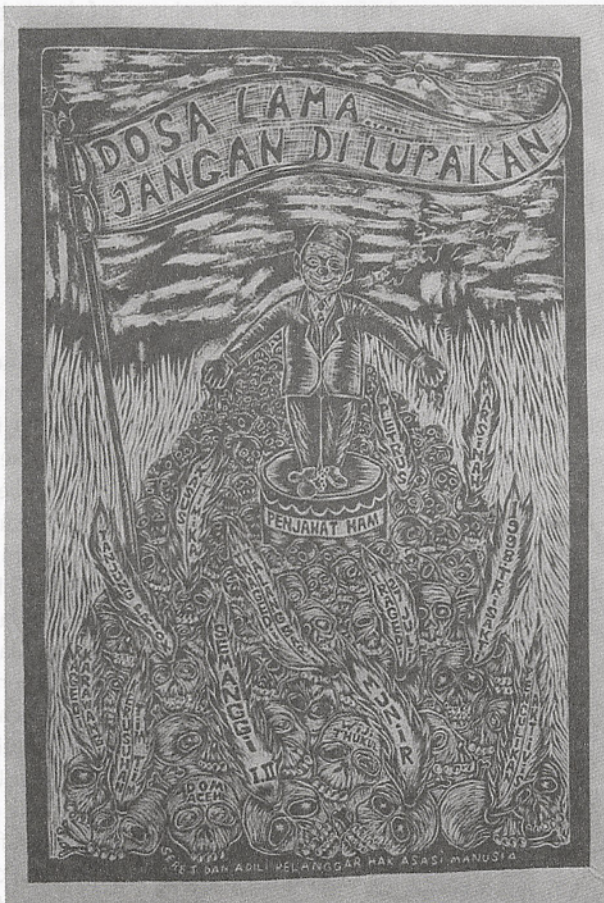
Seit Februar verbieten nun auch einige Bezirke und Provinzen, in Berufung auf das Dekret oder das Blasphemie-Gesetz, den Ahmadi ihre religiösen Aktivitäten öffentlich sichtbar zu machen, angefangen mit dem Bezirk Pandeglang, in dem der Überfall geschehen war.

### Minderheitenschutz

Präsident Susilo Bambang Yudhoyono und andere Staatsorgane verurteilen öffentlich die Anwendung von Gewalt. Zu dem Überfall von Banten wurden Untersuchungen eingeleitet. Auch die Täter einiger anderer prominent gewordener Fälle wurden bereits bestraft. Dazu gehört der Angriff von FPI-Anhänger auf Ahmadi, die im Juni 2008 an einer interreligiösen Kundgebung für einen besseren Minderheitenschutz teilnahmen. Anlass dafür war das umstrittene Dekret gewesen.

Die meisten Gewalttaten gegenüber religiösen Minderheiten sind bislang aber straflos geblieben und werden auf diese Weise legitimiert.

Indonesien gilt als pluralistisch; viele Medien beobachten die Situation kritisch, ebenso wie die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Institutionen und liberalen Muslime. Mit diesem gesellschaftlichen Selbstverständnis besitzt Indonesien gute Voraussetzungen, seine Verpflichtungen aus der eigenen Verfassung wie aus internationalen Vereinbarungen zu erfüllen, und seine Minderheiten zu schützen.



Große Inschrift: »Alte Sünden dürfen nicht vergessen werden«, unten: »Zerrt und bringt die Menschenrechtsverbrecher vor Gericht«

Quelle: Künstlerkollektiv Taring Padi

erklärte Suradharma Ali, es diene der Harmonie der Religionen und damit auch dem Schutz der Ahmadi.<sup>5</sup>

Große indonesische Menschenrechtsorganisationen wie *KontraS* oder *Imparsial*, aber auch internati-

### Literatur

- 1) Jakarta Globe, 14.2.2011
- 2) Jakarta Globe, 22.12.2010
- 3) Amnesty International, KontraS, Imparsial, Elsam, Setara Institute, ICRP, HRWG, ANBTI, ILRC and Wahid Institute Indonesia: Increasing attacks on religious groups demands central government action, 6.4.2011
- 4) Amnesty International, Press Release, 23.02.2011
- 5) Jakarta Globe, 10.2.2011